

ANTRÄGE

Der LPT Berlin möge beschließen,

Der BPT möge beschließen:

Kein 17. Bauabschnitt ohne Beteiligung der Berliner*innen

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und der Bundesregierung sowie die so-
2 zialdemokratischen Mitglieder in den Verkehrsausschüssen von Abgeordnetenhaus und Bun-
3 destag werden aufgefordert, sich beim Bundesverkehrsministerium dafür einzusetzen, dass die
4 Ausschreibung für die Planung des 17. Bauabschnittes der A100 seitens der bundeseigenen Au-
5 tobahn GmbH zurückgezogen werden.

6 Als Projekt von stadtweiter Relevanz, mit enormen Auswirkungen auf die betroffene Anwohner-
7 schaft und tiefgreifenden Einschnitten in die Klimabilanz der Hauptstadt, ist es weiterhin unab-
8 dinglich eine umfassende, stadtweite und ergebnisoffene Beteiligung durchzuführen. Es soll da-
9 her im Einklang mit den Beschlüssen der SPD Berlin darauf hingewirkt werden, dass die Planun-
10 gen für den 17. Bauabschnitt so lange ausgesetzt werden, bis durch einen Bürgerentscheid ein
11 Votum der Berlinerinnen und Berliner vorliegt.

Begründung:

12 Wie bereits in der vergangenen Wahlperiode hat sich die SPD Berlin auch in dieser Legislatur mit
13 den Koalitionspartnern darauf verständigt, die weitere Planung der A100 zu einem 17. Bauab-
14 schnitt ruhen zu lassen. Dies fordern wir auch auf Bundesebene ein.

15 Darüber hinaus hat sich die SPD Berlin im Wahlprogramm 2021 für eine umfassende Bürgerbe-
16 teiligung ausgesprochen, die mit dem unkooperativen und unabgesprochenen Weiterplanun-
17 gen durch das Bundesverkehrsministerium so nicht vereinbar ist.